



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



29. April 2016

Inhalt

- 1. Risiken der Atomkraft: Tschernobyl und Fukushima mahnen**
- 2. Grüne und Linke treiben beim wichtigen Thema Fracking „Spielchen“**
- 3. Besserer Schutz der sexuellen Selbstbestimmung**
- 4. Buchpreisbindung erhalten**
- 5. „Ebblewoi“ in Berlin**



Risiken der Atomkraft: Tschernobyl und Fukushima mahnen

Den Abgeordneten lag am Freitag ein Antrag von SPD und CDU/CSU mit dem Titel [„Tschernobyl und Fukushima mahnen – Verantwortungsbewusster Umgang mit den Risiken der Atomkraft und weitere Unterstützung der durch die Reaktorkatastrophen betroffenen Menschen“](#) vor.

Beim Super-GAU im Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl am 26. April 1986 im Norden der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) kam es zur massiven Freisetzung von Radioaktivität, die in der Folge mehr als 200.000 Quadratkilometer in ganz Europa konterminierte. In der Folge der Katastrophe kam es zu schwerwiegenden politischen Fehlentscheidungen. Auch die Evakuierung erfolgte nur mit Verzögerung. Mit den Folgen haben die Menschen, besonders in den betroffenen Gebieten, zum Beispiel in Belarus, bis heute zu kämpfen. In Fukushima wiederholte sich ein Vierteljahrhundert später der GAU auf Grund eines Erdbebens. Beide Katastrophen spielten eine wichtige Rolle im Umgang mit den Folgen atomarer Unfälle. Es gab, auch in Deutschland, viel Unterstützung für die betroffenen Menschen,

insbesondere für die sogenannten Liquidatoren und für Kinder. Von den Liquidatoren der ersten Stunden und Tage in Tschernobyl lebt heute keiner mehr. Die Zahl der Krebsfälle und Missbildungen bei Kindern und Neugeborenen sind nach wie vor auf einem erschreckend hohen Niveau - 30 Jahre nach Tschernobyl und 5 Jahre nach Fukushima.

Nie wieder dürfen wir zulassen, dass es zum GAU kommt. Tschernobyl und Fukushima mahnen uns, all unsere Überzeugungskraft einzusetzen, um auch unsere Nachbarn und andere Ländern für einen endgültigen Abschied von der Atomkraft zu gewinnen.

Grüne und Linke treiben beim wichtigen Thema Fracking „Spielchen“

„Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang“, diesen Satz haben wir Sozialdemokraten zum Thema Fracking im Koalitionsvertrag verankert und dies ist für uns Maßstab. Seit geraumer Zeit liegen dazu Gesetzentwürfe aus dem Bundesumweltministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium vor und wir konnten als Koalitionäre bereits viele Verbesserungen in den Verhandlungen erreichen.

Nach heutiger Informationslage ist Fracking von Schiefer- und Kohleflözgas nicht verantwortbar. Um Wissenslücken zu schließen, halten wir in diesem Bereich allenfalls Erprobungsmaßnahmen in eng begrenztem Rahmen und unter strenger wissenschaftlicher und umweltfachlicher Aufsicht für zulässig. Selbstverständlich ist für uns, dass am Ende der Deutsche Bundestag die Entscheidung treffen muss. Eine Expertenkommission kann das demokratisch legitimierte Organ Deutscher Bundestag zwar beraten, aber keinesfalls ersetzen. Aus den wissenschaftlichen Zwecken darf keine Öffnung für kommerzielle Nutzung durch die Hintertür erfolgen. Zudem sind wir der festen Überzeugung, dass dies nur im Einvernehmen mit den Bundesländern erfolgen kann. Genau daran stört sich aber unser Koalitionspartner und blockiert die weiteren Verhandlungen.



Für Fracking-Vorhaben sind derzeit keine Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben. Kommunen, Wasserbehörden und die Bevölkerung werden nicht ausreichend beteiligt. Deswegen brauchen wir ein Gesetz, das Fracking streng reguliert. Wir wollen ein Gesetz, das die Umweltstandards für die bereits vorhandene Erdgasförderung verschärft. Wir wollen klare Regelungen und Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, für Behörden und für Unternehmen schaffen. Derzeit halten sich die Erdgasfirmen

an ein faktisches Moratorium, in der Erwartung eines Gesetzes mit neuen Regelungen. Das gibt auf Dauer keine Rechtssicherheit und gefährdet Arbeitsplätze in der seit über 50 Jahren in Deutschland praktizierten, herkömmlichen Erdgasförderung. Würde kein Gesetz kommen, bestünde die Gefahr, dass die derzeit auf Eis liegenden Anträge der Unternehmen neu gestellt werden. Einen Schutz gibt es dann allein in Wasserschutzgebieten in den Kernzonen, nicht aber den notwendigen weitergehenden Schutz der Oberflächengewässer oder auch des Wassers für Lebensmittel und Mineralquellen.

Grüne und Linke versuchten diese Woche mit parlamentarischen „Spielchen“ die Koalition vorzuführen. Sie beantragten namentliche Abstimmungen zu Fracking ohne eine Debatte. Ein solcher, allein taktisch motivierter Winkelzug, wird der Problematik nicht gerecht. Ohne Debatte wohl auch deshalb, weil die Oppositionsparteien sonst ihr widersprüchliches Verhalten in den Ländern erklären müssten. Ein undifferenziertes Verbot, wie von Grünen und Linken gefordert, konnte sich auch im Bundesrat nicht durchsetzen, obwohl Grüne und auch Linke an zahlreichen Landesregierungen beteiligt sind.

Auch in den Ländern, in denen sie Verantwortung tragen, wurde bislang nirgends ein generelles Förderverbot für bereits vorhandene Fördermethoden ausgesprochen.

Von unserem Koalitionspartner erwarten wir, dass das Regelungspaket nun zügig endverhandelt und mit uns zusammen umgesetzt wird. Weiterführende Informationen der SPD-Fraktion gibt es unter <http://www.spdfraktion.de/themen/nein-fracking-usa>.

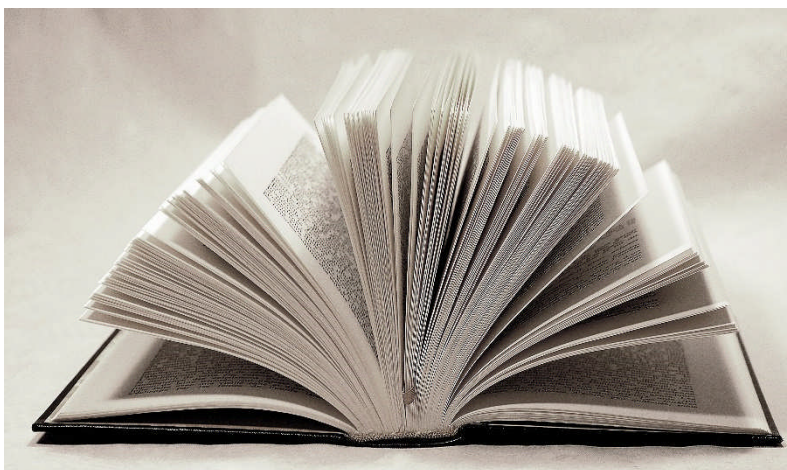
Besserer Schutz der sexuellen Selbstbestimmung

Gegenwärtig gibt es im deutschen Sexualstrafrecht Handlungen, die nicht erfasst werden, obwohl sie die sexuelle Selbstbestimmung des Opfers verletzen und strafwürdig sind. Hier besteht dringender Handlungsbedarf! Mit dem vorliegenden [Gesetzentwurf](#) sollen daher Strafbarkeitslücken, die in Zusammenhang mit sexueller Nötigung und Vergewaltigung bestehen, geschlossen werden.

Konkret soll sich strafbar machen, wer den Umstand ausnutzt, dass das Opfer Übles befürchtet, wer die Widerstandsunfähigkeit eines Opfers ausnutzt oder wer überraschende sexuelle Handlungen an dem Opfer vornimmt. Daher sollen neue Straftatbestände eingeführt werden, mit denen sexueller Missbrauch unter Ausnutzung besonderer Umstände unter Strafe gestellt wird. Ziel soll es sein, Frauen und auch Männer besser als bislang vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Die SPD wird genau prüfen, ob weitere Änderungen erforderlich sind. Ziel jeder Gesetzgebung in diesem Bereich muss der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung sein.



Buchpreisbindung erhalten



Für die Leserinnen und Leser, egal ob sie ein gedrucktes Werk oder ein E-Book genießen, wird es zukünftig einheitliche Preise geben. Das schützt auch Verleger, Autoren und Buchhandlungen. Für die SPD ist dabei insbesondere wichtig, die kleineren Buchläden in der Fläche zu erhalten und gute Rahmenbedingungen auch für kleine und mittlere Verlage zu schaffen.

Ziel des [geplanten Gesetzes zur Erhaltung der Buchpreisbindung](#) ist es daher, die Vielfalt des Buchangebots in Deutschland zu erhalten und auch

E-Books in die Regelung miteinzubeziehen. Mit der Änderung wird klargestellt, dass E-Books dem festgeschriebenen Verkaufspreis unterliegen. Damit und mit der Festschreibung, dass die Preisbindung zudem für alle Verkäufe an Endkunden in Deutschland gelten soll, wird eine Regelungslücke geschlossen.

„Ebblewoi“ in Berlin



Foto: Frank Ossenbrink

Neben den ernsten und wichtigen politischen Themen und Terminen in dieser Sitzungswoche, hatten wir am Mittwochabend etwas zu feiern. Bereits zum siebten Mal lud die SPD- Landesgruppe Hessen, der Verbund aller hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten, gemeinsam mit dem SPD-Landesverband Hessen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft sowie Kultur und Medien zum sogenannten Apfelweinanstich in die hessische Landesvertretung in Berlin ein. Der Apfelweinanstich ist die alljährliche Gelegenheit, Hessen in Berlin den Ruhm zu verschaffen, den es verdient hat!

Als Ehrengast durften wir in diesem Jahr die neue Generalsekretärin der SPD Katarina Barley begrüßen. Außerdem waren rund 350 Gäste aus Berlin und Hessen gekommen um Hessen und seine kulinarischen Köstlichkeiten gebührend zu feiern und den gemeinsamen Austausch zwischen Land und Bund zu fördern. In geselliger und familiärer Atmosphäre hatten Bundestagsabgeordnete, hessische Landtagsabgeordnete, zahlreiche Vertreter der kommunalen Familie aus Hessen, sowie hochrangige Vertreter der hessischen Wirtschaft und der Gewerkschaften, Zeit und Muße sich abseits von Sitzungen auszutauschen.



Foto: Frank Ossenbrink



Foto: Frank Ossenbrink

Es war ein rundum gelungener Abend, der von den vier Frauen der Jazz-Marchingband „Brassappeal“ musikalisch begleitet wurde. Das „Stöffche“, wie der Apfelwein in Südhessen genannt wird, stand natürlich im Mittelpunkt des Abends. Er wurde nicht nur traditionell süß oder sauer gespritzt aus dem „Bembel“ und dem „Gerippten“ ausgeschenkt und getrunken, sondern dieses Jahr in allerlei neuen Varianten zum Beispiel mit Himbeer- oder Birnengeschmack aus der Glasflasche, genossen.

Unsere Tipps:

- **Wissenschaftspreis 2017:** Der mit 10.000 Euro dotierte Preis zeichnet hervorragende wissenschaftliche Leistungen der jüngsten Zeit aus, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen. Der Einsendeschluss ist der 30. Juli 2016. Weitere Informationen gibt es unter <https://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

- **Ausbildungs-Ass 2016:** Gesucht werden Deutschlands beste Ausbilder! Der Preis, der das Engagement von Unternehmen und Initiativen würdigt, die die duale Ausbildung besonders voranbringen, wird bereits zum 20. Mal vergeben. Potenzielle Bewerber können sich unter www.ausbildungsass.de schlau machen.

- **Deutscher Bürgerpreis:** Der Preis hat es sich zur Aufgabe gemacht, bürgerschaftliches Engagement zu würdigen. Das aktuelle Jahresthema des größten Ehrenamtspreises lautet in diesem Jahr „Deutschland 2016 – Integration gemeinsam leben!“. Infos unter: www.deutscher-buergerpreis.de

- **Fanta Spielplatz-Initiative:** Im 5. Jubiläumsjahr können sich auch 2016 wieder Spielplatz-Eigentümer, Vereine, Initiativen und Privatpersonen um eine Förderung eines öffentlich zugänglichen Spielplatzes bewerben. Der Hauptgewinner des von Fanta und dem Deutschen Kinderhilfswerk ausgelobten Preises darf sich auf 20.000 Euro freuen! Bewerbungen werden noch bis zum 15. Juni 2016 unter <http://spielplatzinitiative.fanta.de/> angenommen.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia